

**Nr. 18/640**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. „Bremer essen regional“  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. März 2013  
(Drucksache 18/800)
2. Natur in die Kitas – Kinder in die Natur!  
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 18. Februar 2013  
(Drucksache 18/781)
3. Konzept zur Verbesserung von Naturerfahrungen für Kinder und Jugendliche vorlegen!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 12. März 2013  
(Drucksache 18/808)

**Nr. 18/641**

**Entwicklung der Offshore-Windindustrie sichern**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU  
vom 13. März 2013  
(Neufassung der Drucksache 18/758 vom 7. Februar 2013)  
(Drucksache 18/826)

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert die Bundesregierung auf, zur Sicherung der Energiewende, von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft umgehend verlässliche Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Offshore-Windindustriestandorts Deutschland zu schaffen und insbesondere die für Investoren erforderliche langfristige Planungssicherheit herzustellen. Dazu gehören insbesondere
  - a) die Sicherstellung auskömmlicher EEG-Vergütungssätze für einen längerfristigen Zeitraum,
  - b) die Bündelung der Zuständigkeiten im Hinblick auf Prüfung und Genehmigung sowie strategische und planerische Koordinierung des Ausbaus der Offshore-Windenergie,
  - c) die baldmögliche Sicherstellung der Netzanbindung und den Ausbau der Stromtrassen zu gewährleisten.
2. Angesichts des offensichtlichen Fehlens geeigneter und ausreichend finanzkräftiger Investoren für die Anbindung der Nordsee-Offshore-Windparks an das landseitige Stromnetz spricht sich die Bürgerschaft (Landtag) für einen Einstieg des Staates in eine Netzbetreibergesellschaft aus, die den zügigen Netzanschluss durch eine Staatsbeteiligung sichert. Es geht darum, die energiepolitischen Ziele nicht zu gefährden, Arbeitsplätze zu erhalten und die Wettbewerbsposition der deutschen Offshore-Windindustrie zu sichern. Der Senat wird gebeten, über den Bundesrat entsprechend initiativ zu werden.

## **Nr. 18/642**

### **Kampf gegen Übergewicht und Fettleibigkeit bei Kindern und Jugendlichen aufnehmen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. Januar 2013  
(Drucksache 18/725)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Gesundheit.

## **Nr. 18/643**

### **Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Bremen (Landesgleichstellungsgesetz)**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 4. Februar 2013  
(Drucksache 18/753)  
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

## **Nr. 18/644**

### **Tilgungsfristen im Führungszeugnis von Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche aufheben**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 25. September 2012  
(Drucksache 18/582)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/645**

### **Tilgungsfristen im Führungszeugnis von Sexualdelikten gegen Kinder und Jugendliche aufheben**

Bericht und Antrag des Rechtsausschusses  
vom 5. Februar 2013  
(Drucksache 18/754)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Rechtsausschusses Kenntnis.

## **Nr. 18/646**

### **Energiezugang ist ein Grundrecht – Stromsperrern gesetzlich untersagen – die Energiewende sozial gestalten**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 5. Februar 2013  
(Drucksache 18/755)

D a z u

### **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 20. Februar 2013**

(Drucksache 18/791)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/647**

### **Stromsperrern weitestgehend verhindern – Präventive Maßnahmen erweitern**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 12. März 2013  
(Drucksache 18/824)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. mit dem örtlichen Energieversorger Gespräche aufzunehmen, um folgende Maßnahmen zur Verhinderung von Zwangsabschaltungen einzuleiten:
  - a) Die Einführung einer monatlichen Stromabrechnung im Zusammenhang mit der Umstellung auf elektronische Zähler.
  - b) Die Einführung von Prepaid-Zählern in Kombination mit Smart Metern oder auch einfachen Münzzählern auf freiwilliger Basis oder in Form eines Modellprojekts.
  - c) Die bei einer drohenden Abschaltung erforderlichen Vor-Ort-Besuche von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Versorgers auch zur Übergabe von Informationsmaterial zu Schuldenberatung und Stromspar-Check zu nutzen.
  - d) Eine Prüfung, wie unter Wahrung des Datenschutzes mehr Informationen zu den betroffenen Haushalten und Gründen für die Stromsperrern geschaffen werden können.
2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
  - a) dass eine angemessene und zeitnähere Anpassung der Regelsätze beim ALG II und der Grundsicherung an die gestiegenen Preise für Energie erfolgt.
  - b) dass die Grundversorgungsverordnung geändert wird, mit dem Ziel, ein Verbot der Energiesperrern in den Monaten Oktober bis März zu erreichen.
  - c) dass alle Stromversorger verpflichtet werden ihre Tarife so zu gestalten, dass eine Mindestmenge von 500 kWh/a zu einem besonders günstigen Preis angeboten wird. Dies könnte durch einen geringen Grundpreis und einen gestaffelten Arbeitspreis realisiert werden.

## **Nr. 18/648**

### **Konsequenzen aus den jüngsten Lebensmittelskandalen jetzt ziehen – Verbraucherschutz verbessern**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 5. März 2013  
(Drucksache 18/802)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/649**

### **Konsequenzen aus den aktuellen Nahrungsmittelskandalen ziehen**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 12. März 2013  
(Drucksache 18/811)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

- a) sich auf Bundes- und EU-Ebene für entsprechende rechtliche Änderungen einzusetzen, die eine finanzielle Beteiligung der überwachten Unternehmen an den staatlichen Kontrollen der unternehmerischen Eigenkontrollen und die Abschöpfung der durch Täuschung erzielten Gewinne ermöglicht,
- b) sich auf der Bundesebene für eine Strafmaßverschärfung bei Gesetzesverstößen durch den Handel oder die Produzenten einzusetzen,

- c) sich auf der Bundes- und EU-Ebene für eine Überprüfung und Konkretisierung der Eigenkontrollverpflichtung der Lebensmittelwirtschaft einzusetzen,
- d) sich auf Bundes- und EU-Ebene dafür einzusetzen, rechtlich verbindliche Definitionen der unterschiedlichen Haltungsformen und eine gesetzliche Verpflichtung zur Kennzeichnung der Haltungsform – wie dies bei Eiern schon der Fall ist – auch für Fleisch und Milcherzeugnisse zu schaffen sowie für verarbeitetes Fleisch eine Herkunftsbezeichnung einzuführen, aus der ersichtlich wird, wo ein Tier geboren, aufgezogen, geschlachtet und verarbeitet wurde.

Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung der Bürgerschaft (Landtag) über die ergriffenen Maßnahmen zu berichten.

## **Nr. 18/650**

### **Öffentlich geförderter Wohnungsbau in 2012 gemäß dem Wohnraumförderungsprogramm 2012/2013**

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE  
vom 18. Dezember 2012  
(Drucksache 18/717)

D a z u

#### **Mitteilung des Senats vom 22. Januar 2013**

(Drucksache 18/739)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/651**

### **Auflage eines Programms zum Ankauf von Belegungsbindungen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 12. Februar 2013  
(Drucksache 18/771)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (federführend) und die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

## **Nr. 18/652**

### **Modellprojekt „Anonymisiertes Bewerbungsverfahren“ starten**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 12. Februar 2013  
(Drucksache 18/760)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss (federführend), an den Ausschuss für Integration, Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit, an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau, an die staatliche Deputation für Soziales, Kinder und Jugend sowie an den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft.

## **Nr. 18/653**

### **Vermieterinnen und Vermieter an Maklerprovision beteiligen**

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 20. Juni 2012  
(Drucksache 18/464)

D a z u

**Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW)  
vom 27. Juni 2012**

(Drucksache 18/479)

u n d

**Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 11. September 2012**

(Drucksache 18/563)

Der Änderungsantrag des Abgeordneten Jan Timke (BIW) wurde vom Antragssteller zurückgezogen.

Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE wurde vom Antragssteller zurückgezogen.

Der Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist erledigt durch Drucksache 18/775.

**Nr. 18/654**

**Vermieterinnen und Vermieter an Maklerprovision beteiligen**

Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 13. Februar 2013  
(Drucksache 18/775)

1. Der Senat wird gebeten, sich im Bundesrat für eine Änderung des Gesetzes zur Regelung der Wohnungsvermittlung (WoVermG) sowie der betroffenen Nebengesetze einzusetzen mit dem Ziel, dass die Provision für von Vermieterinnen bzw. Vermietern initiierte Wohnungsvermittlungen von den Vermietenden getragen wird und Vereinbarungen, durch die der Wohnungssuchende verpflichtet wird, ein vom Vermieter geschuldetes Vermittlungsentgelt zu zahlen, unzulässig sind. Der Senat soll sich entsprechenden Bundesratsinitiativen Hamburgs und Nordrhein-Westfalens anschließen oder erforderlichenfalls eigene Initiativen ergreifen.
2. Der Senat soll sich weiterhin auf Bundesebene dafür einsetzen,
  - a) einen Befähigungsnachweis mit klaren Qualitätsstandards zur Voraussetzung für die Berufsausübung von Maklerinnen und Maklern im Bereich der Wohnungsvermietung zu machen und
  - b) ein klares Spektrum an Leistungen zu benennen, das beauftragte Maklerinnen und Makler im Bereich der Wohnungsvermietung für ihr zu erhaltenes Entgelt ausführen müssen.
3. Der Senat wird gebeten, in Kooperation mit der Verbraucherzentrale und dem Mieterschutzbund die Verbraucherinnen und Verbraucher nachdrücklich darüber zu informieren, unter welchen Voraussetzungen und bis zu welcher Höhe Mieter Maklerprovisionen tragen müssen.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

**Nr. 18/655**

**Kommunale Wohnungsvermittlung statt Maklergebühren im Land Bremen**

Antrag der Fraktion DIE LINKE  
vom 18. Juli 2012  
(Drucksache 18/531)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/656**

### **Kommunale Wohnungsvermittlung statt Maklergebühren im Land Bremen**

Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen  
vom 13. Februar 2013  
(Drucksache 18/776)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen Kenntnis.

## **Nr. 18/657**

### **Die Organisation der Wasserversorgung muss das Recht der Kommunen bleiben!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 21. Februar 2013  
(Drucksache 18/792)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Bundesebene und bei der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass der Richtlinienentwurf zu Konzessionsvergaben auch in der Fassung des zuständigen EP-Ausschusses nicht angenommen wird, und dass die Wasserversorgung insgesamt aus den Regelungen zur Konzessionsvergabe ausgenommen wird.

## **Nr. 18/658**

### **Pflegeplan für das Land Bremen entwickeln!**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 20. November 2012  
(Neufassung der Drucksache 18/567 vom 11. September 2012)  
(Drucksache 18/662)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## **Nr. 18/659**

### **Pflegeplan für das Land Bremen entwickeln!**

Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend  
vom 25. Februar 2013  
(Drucksache 18/793)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht der staatlichen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend Kenntnis.

## **Nr. 18/660**

### **Personalbericht 2011 Band III: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 und der dazugehörige Personalbericht 2011 Band III – Anlagenband: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 nach Dienststellen**

Mitteilung des Senats vom 6. November 2012  
(Drucksache 18/626)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

## **Nr. 18/661**

**Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau zum Personalbericht 2011 Band III: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 und der dazugehörige Personalbericht 2011 Band III – Anlagenband: Bericht der Senatorin für Finanzen über die Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes 2010 nach Dienststellen, Mitteilung des Senats vom 6. November 2012, Drucksache 18/626 vom 1. März 2013**

(Drucksache 18/799)

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Äußerungen des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau Kenntnis.

## **Nr. 18/662**

**Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:**

Für einen zukunftsgerichteten Finanzrahmen der Europäischen Union

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD

vom 12. März 2013

(Drucksache 18/813)

